

Die BDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, allerdings mit wenig Begeisterung, denn sie enthält keine Änderungsvorschläge von bedeutender sicherheits- oder armeepolitischer Relevanz; es wurde bereits mehrmals erwähnt. Vorgeschlagen werden vielmehr Änderungen und Verbesserungen im Bereich der Verwaltung der Armee und Anpassungen, die sich seit dem Erlass des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995 ergeben haben und deren möglichst baldige Umsetzung auch aus unserer Sicht sinnvoll und zweckmässig ist. Es handelt sich also um die erwähnte Minirevision, die wenig dazu beiträgt, die anstehenden Probleme, die sich in der Armee präsentieren, wirklich zu lösen.

Die vier offenen Punkte wurden von meinen Vorrednerinnen vorgestellt. Ich verzichte darauf, sie zu wiederholen. Die BDP hofft vielmehr, dass die vielen offenen Fragen rund um den Zustand und die Bedürfnisse unserer Armee und ihrer Angehörigen zu einem späteren Zeitpunkt in der zwingend nötigen Tiefe und Ernsthaftigkeit diskutiert werden können. Ich erinnere primär an die Beschaffung des Tiger-Teilersatzes und die damit verbundene wirtschaftliche und technologische Bedeutung der Kompensationsgeschäfte im Falle einer Beschaffung sowie an die offenen Anliegen; ich erinnere an den ursprünglich für einen früheren Zeitpunkt in Aussicht gestellten sicherheitspolitischen Bericht und die damit möglich werdende, dringende, notwendige, breite sicherheits- und verteidigungspolitische Diskussion.

Die BDP hofft bereits heute, dass der gemeinsame Nenner hier im Ratsaal derart gross sein wird, dass wir tatsächlich einen Schritt weiter kommen werden. Wir werden die Minderheitsanträge Widmer und Allemann sowie den Antrag Barthassat ablehnen und die Forderungen bei Artikel 366 des StGB, die ursprünglich auf eine parlamentarische Initiative Eichenberger zurückgehen, unterstützen